

# Integration kostet 18'000 Franken pro Flüchtling – doch Nichtstun wäre massiv teurer

von Jonas Schmid — Nordwestschweiz 24.3.2017 um 05:30 Uhr

**Scheitert die Eingliederung, birgt das nicht nur sozialen Sprengstoff, sondern enorme Folgekosten. Nun liegen erstmals Zahlen vor. Die Kantone fordern mehr Geld für ihre Offensive.**

Was kostet es, bis ein Flüchtling die Sprache spricht, einen Job findet und in der Gesellschaft zurechtkommt? Erstmals legen die Kantone genauere Zahlen vor. Sie kommen zum Schluss: 18'000 Franken braucht es, um einen Flüchtling oder einen vorläufig Aufgenommenen «systematisch und bedarfsgerecht» in den Arbeitsmarkt zu integrieren – also dreimal mehr als die 6000 Franken, die der Bund heute den Kantonen einmalig zahlt.

Vor allem die Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt fallen stark ins Gewicht (Details siehe nachfolgende Box). «Aufgrund fehlender Mittel können die Kantone die Integration noch nicht systematisch genug vorantreiben», moniert Nicole Gysin von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

## **Zahlen der Konferenz der Kantonsregierungen: Integration in Zahlen**

Die durchschnittlichen Integrationskosten pro vorläufig aufgenommenen/Flüchtling:

- **Information und Beratung:** 911 Franken (z. B. Infoveranstaltungen und Beratungsangebote)
- **Sprachförderung:** 8008 Franken (z. B. Einstiegskurse für Analphabeten und Bildungsungeübte).
- **Arbeitsmarktintegration:** 8655 Franken (z. B. Abklärungsmassnahmen, Arbeitseinsätze, Brückenangebote)

- **Frühe Kindheit:** 400 Franken
- **Kinderbetreuung während Sprachkursen der Eltern, Soziale Integration:** 260 Franken (z. B. Alltags- und Integrationskurse).

## **Keine Parallelstrukturen schaffen**

Eine höhere Entschädigung vom Bund fordern die Kantone auch bei der Bildung. Grund: Die Zahl der 16- bis 25-jährigen Ausländer, die spät in die Schweiz zugewandert sind, hat stark zugenommen. Oft fehlt ihnen ein Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II. Dieser gilt als Voraussetzung für den Berufseinstieg oder eine weiterführende Ausbildung.

Bund und Kantone haben deshalb vereinbart, dass 95 Prozent der 25-Jährigen in der Schweiz einen Lehr- oder einen Mittelschulabschluss machen sollen. Auch das ist nicht billig zu haben: Die Kosten für Vorlehen und Praktika belaufen sich auf rund 22'000 Franken pro Jahr.

20'000 Jugendliche wären auf das Angebot angewiesen, so die Schätzung. Kostenpunkt: jährlich 440 Millionen Franken. Ziel sei es, Flüchtlinge so rasch als möglich in den Regelbetrieb aufzunehmen, sagt Gysin. «Wir wollen keine Parallelstrukturen für Flüchtlinge aufbauen.»

[«Marshallplan für Migranten» – den Kommentar von Jonas Schmid zum Artikel lesen Sie hier.](#)

Die Kantone fordern nicht nur mehr Geld, sie üben auch Selbstkritik: Ihre Förderangebote seien heute oft zu kurz oder zu wenig intensiv. Für Betroffene bestünden teilweise lange Wartefristen, Integrationsmassnahmen gälten manchmal nur bis zu einem gewissen Alter oder bloss für eine Person in der Familie, meist den Vater, während das Potenzial der Mutter gar nicht erst abgeklärt werde, heisst es im Bericht.

Das Problem: Gewisse Kantone beschränken ihr Engagement auf die Bundes-Pauschale, sie setzen nicht die Mittel ein, die eigentlich nötig wären, um Flüchtlinge längerfristig zu integrieren.

## **Auf den Einzelnen zugeschnitten**

«Erhöht der Bund die Integrationspauschale, kann er von den Kantonen umfassendere Leistungen erwarten», verspricht Gysin. Der Bund will aber nicht einfach mehr zahlen, sondern die Erhöhung der Beiträge an die richtigen Anreize knüpfen. «Wir werden die Kostenerhebung der

Kantone bis im Sommer überprüfen», heisst es seitens des Staatssekretariats für Migration (SEM).

Der Bund begnügte sich in der Vergangenheit damit, einzelne Kurse zu subventionieren. Das Ergebnis bleibt bescheiden: Nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz liegt die Erwerbsquote von anerkannten Flüchtlingen bei niedrigen 48 Prozent, bei vorläufig aufgenommenen Personen sogar bei 25 Prozent. Das zeigen Zahlen des SEM für das Jahr 2014.

### **Job ist nicht gleich Job**

Mittlerweile werden die Massnahmen auf den einzelnen Flüchtling zugeschnitten. Standortbestimmung. Potenzialabklärung. Coaching. Diese Stationen durchläuft ein Flüchtling, um auf den eigenen Füissen zu stehen. Das alles kostet, doch Nichtstun ist ungleich teurer – und zwar massiv: Eine Person in der Sozialhilfe kostet im Schnitt 25'000 Franken pro Jahr.

Auf das ganze Leben hochgerechnet, kostet ein jugendlicher Ausländer, der im Arbeitsmarkt nie Tritt fasst, den Staat über eine Million. Der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm spricht von einer «tickenden Zeitbombe».

«Nur schon, wenn es gelingt, die Sozialhilfe im Durchschnitt um ein Jahr zu reduzieren, lohnt sich die Investition», sagt Skos-Präsident Felix Wolffers. Doch Job ist nicht gleich Job: Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene arbeiten oft im Niedriglohnsegment. Das Einkommen reicht dann meist nicht aus, um die ganze Familie zu ernähren. Sie sind weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen.

Wolffers ist überzeugt: «An einer beruflichen Qualifikation führt kein Weg vorbei, wenn immer möglich sollte eine Berufslehre anvisiert werden.» Ein gutes Ergebnis erziele aber auch der Pflegehelfer-Kurs des Schweizerischen Roten Kreuzes: «85 Prozent der Absolventen finden im Anschluss eine Stelle», sagt Wolffers. Damit werde zugleich auch dem Mangel an Pflegepersonal entgegengewirkt, sodass sich eine Win-win-Situation ergebe.

## **Integration als Chance**

Junge Flüchtlinge bieten der Schweiz aber auch Chancen: 10'000 Lehrstellen blieben 2016 unbesetzt. Verläuft die Integrationsoffensive erfolgreich, können künftig einige dieser Stellen wieder besetzt werden.

Widersprüchliche Signale sendet das Parlament: Der Nationalrat hat eine Motion überwiesen, die vom Bund für die Ausbildung ausländischer Jugendlicher «substanziell» mehr Geld fordert. Zugleich strich das Parlament im Rahmen des Sparpakets Beiträge in Höhe von 11,4 Millionen Franken.

Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf, der den Bund schon mehrfach dazu aufgerufen hat, mehr Geld zu sprechen, kritisiert den Entscheid: «Ich kann diesen Entscheid des Parlaments nicht nachvollziehen. Was wir heute im Integrationsbereich sparen, wird uns künftig bei der Sozialhilfe massiv mehr belasten.»